

**VIELE DER FORDERUNGEN IM
WAHLPROGRAMM KOSTEN
DEN STAAT VIEL GELD.**

**WIE WOLLT IHR DAS
EIGENTLICH FINANZIEREN?**

Das Wahlprogramm beinhaltet einige Forderungen die zu einer Erhöhung der Staatseinnahmen führen. Unter anderem eine **VERMÖGENSTEUER** und die **ERHÖHUNG DER ERBSCHAFTSSTEUER**.

Tatsächlich würden sich diese Aufgaben aber auch durch die Aufnahme von Staatsschulden finanzieren lassen. Der Staat ist bei der Finanzierung seiner Aufgaben nicht auf die Einnahme von Steuergeldern angewiesen.

Die Vorstellung das Einnahmen gesteigert werden müssen, bevor Ausgaben erhöht werden ist in souveränen Geldsystemen schlicht nicht zutreffend. Allerdings wird dadurch nicht die immense Bedeutung von Steuern als verteilungspolitisches Instrument.

**IST DAS NICHT UNGERECHT FÜR DIE
JÜNGERE GENERATION, WENN DER
STAAT MEHR SCHULDEN
AUFNIMMT?**

Die Frage der **GENERATIONENGERECHTIGKEIT** ist keine des Kontostandes. Investitionen, die nicht getätigt worden sind, maroden Schulen (...) erben wir genauso. An vielen Stellen wird die öffentliche Infrastruktur bereits jetzt den grundlegenden Bedürfnissen der Menschen kaum noch gerecht. Es klafft eine riesige Investitionslücke. Die "schwarze Null" wird bis heute von so vielen wie ein Mantra vor sich hergetragen. Wir stehen für ein klares Plädoyer zu einem vorsorgenden Politikansatz, für soziale Absicherung, Daseinsvorsorge, Teilhabe und Bildung für alle. Für einen robusten Staat, statt neoliberalen Kaputtsparen, denn die Politik des schlanken Staates hat unsere Gesellschaft ungerechter gemacht.

**IN WAS WOLLEN DIE
JUSOS INVESTIEREN?**

Wir wollen einen nachhaltigen, schnellen und fahrscheinlosen ÖPNV. Um an einer modernen Gesellschaft teilhaben zu können, muss Jede und Jeder in der Lage sein ohne Probleme von A nach B zu kommen. Wir wollen, dass es zwischen Stadt und Land regelmäßige Verbindungen gibt. Mobilität muss in Zukunft verlässlich sein und soll beitragsfinanziert werden.

Abseits der Städte gibt es oft kein schnelles Internet und Glasfaserleitungen fast nirgendwo. **Wir finden:** Niemand sollte für einen Abend Netflix & chill zu Freunden in die Stadt fahren müssen. Wir kämpfen für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, damit jeder gut leben kann.

Bildung entscheidet über Lebenschancen. Es ist staatliche Aufgabe und muss öffentlich finanziert werden. Gerade die andauernde Pandemie hat bewiesen wie stark Schulen in Deutschland insbesondere im Bereich der Digitalisierung Nachholbedarf haben! Schüler*innen, Studierende und Auszubildende sind diese Investitionen wert!

Wir fordern Investitionen in Daseinsvorsorge. Der Kerngedanke der Daseinsvorsorge ist es die Teilhabe und Versorgung aller Menschen mit grundlegenden Gütern und Leistungen. Das bedeutet zum Beispiel Investitionen in Wohnen, um horrenden Mieten zu verhindern oder in das Gesundheitswesen, deren Investitionsstau uns mit Beginn der Corona-Krise schmerzhaft vor Augen geführt wurde.

**WARUM KANN MAN DEN
STAATSHAUSHALT NICHT MIT EINEM
PRIVATEN VERGLEICHEN?**

„Du sollst nicht mehr ausgeben als du einnimmst“. Die Binsenweisheit kann nicht ohne weiteres auf den Staatshaushalt übertragen werden.

Der zentrale Unterschied liegt in dem Währungsmonopol des Staates. die Ausgaben eines währungsherausgebenden Staates sind nicht durch Einnahmen, sondern durch die Verfügbarkeit realer Ressourcen, z.B. Arbeitskraft oder Rohstoffe, begrenzt. Ein solcher Staat kann anders als Private in eigener Währung niemals insolvent werden.

**WAS IST DAS PROBLEM MIT
STAATSSCHULDEN?**

Staatsschulden sind kein reales politisches Problem, solange der Staat sich in seiner eigenen Währung verschuldet.

Auf dieser Grundlage ergibt sich keine ökonomische Grundlage dafür, die Neuverschuldung und die damit einhergehende Geldschöpfung durch Kreditaufnahme des Staates zu beschränken. Vielmehr kommt es darauf an, wofür die entsprechenden Geldmittel ausgegeben werden. Geld stellt keinen Gegenwert für produzierte Waren dar, sondern die Verfügbarkeit von Geld durch Kreditaufnahme stellt die Voraussetzung für Produktion dar. Aufgrund des nicht bestehenden Insolvenzrisikos ist eine Verschuldung des Staates grundsätzlich gegenüber einer privaten Verschuldung wirtschaftspolitisch der Vorzug zu gewähren.

Addiert man Schulden und Geldvermögen, ergibt sich in der Summe eine Null. Letztendlich sind es zwei Seiten derselben Medaille. Ohne die Aufnahme von Staatsschulden kann kein Geldvermögen gebildet werden.

Wenn der Staat mehr Geld in Umlauf bringt führt das nicht zu Inflation?

Inflation tritt auf wenn die Nachfrage nach Gütern die Möglichkeit der jeweiligen Volkswirtschaft überschreitet, Güter zu produzieren. Anders als vielfach angenommen ist sie somit in normalen Zeiten (d.h. außerhalb von Crashes mit einer enormen Ausweitung der Geldmenge) kein geldpolitisches Phänomen.

Der Staat hat fiskalpolitisch darauf hinzuwirken, das Entstehen von Inflation zu vermeiden. Daher braucht es eine bessere und effektivere Produktionssteuerung. Ein effektives Instrument zur Steuerung der Inflation und zur Vermeidung von hoher Inflation ist die Einführung einer Jobgarantie.

**WAS IST FALSCH AN DER
SCHULDENBREMSE?**

Die Schuldenbremse basiert auf fehlerhaften ökonomischen Annahmen. Sie stellt mittelfristig eine weitgehende finanz- und steuerpolitische Selbstentmachtung der Parlamente und Regierungen dar und lässt demokratische Prozesse dysfunktional erscheinen. In ihrer Verfasstheit limitiert sie Sozialausgaben und schafft Anreize zum Unterlassen wichtiger Zukunftsinvestitionen und zur Privatisierung. Darüber hinaus reduziert sie die Zukunftsvorsorge einer Volkswirtschaft auf die Stabilisierung des Schuldenstandes der öffentlichen Hand und verfolgt damit unterkomplexe Steuerungsziele.